Tageblatt für Politik. Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8-3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postzahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seid. Band, Spitzen, Handarbeits- u. alle Damenschneider-Artikel.

W. F. Seeger
13 Kasernenstrasse 13
(Fernsprecher 2153)
Dresdner Champagner-Fabrik und Wein-Grossohandlung
(gegründet im Jahre 1822).
Kommissionsläger zu Originalpreisen in allen grösseren Städten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

Spitzen-Umhänge
neueste Façons, gute Qualitäten, billigste Preise, empfiehlt
A. O. Richter, K. S. Hofl.,
König-Johannstr. 9. **Dresden.** König-Johannstr. 9.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn.
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Moritz Klingner empfiehlt zur billigen und praktischen Reise **Reise-Fournier-koffer** als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. **Grösste Auswahl** von **Taschen-Necessaires etc.** Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage).

Nr. 130. Spiegel: Die Arbeiten des deutschen Reichstages. Fernsprechberichte. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Novelle zur Gewerbeordnung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Rienzi". | **Sonnabend, 10. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Bereits jetzt wird behauptet, daß es unmöglich sei, bis Ende Juni die vier dem Reichstage vorgelegten Gesetzgebungsentwürfe durchzuberathen. Bis in den Juli hinein läßt sich aber erfahrungsgemäß kein Reichstag in Berlin zusammenhalten. Daher sucht sich der Gedanke durchzukämpfen, das Auskunftsmittel zu ergreifen, daß Ende Juni eine Vertagung des Reichstages bis in den Oktober oder November eintritt. Würde nämlich die gegenwärtige Tagung geschlossen, ohne daß die Gesetzentwürfe in allen Ausschußberathungen und den drei Lesungen des Vollreichstages fertig gestellt wären, so müßten diese Gesetzentwürfe wiederum dem im Herbst wieder zusammentretenden neuen Reichstag neu vorgelegt werden; alle auf sie verwendete Mühe wäre umsonst gewesen; man müßte ganz von vorn anfangen. Ein blos vertagter Reichstag aber nähme im Herbste die unvollendet gebliebenen Arbeiten da auf, wo sie im Juni liegen gelassen wären; es bedürfte außerdem nicht der Formalitäten, wie Neuwahl von Präsidium und Ausschüssen; auch ersparte man die doppelten Druckkosten derselben Vorlagen. Einstweilen hat sich der S. C. des Reichstages selbst über seinen Arbeitsplan schlüssig gemacht. Der S. C., d. h. der Senioren-Convent, der seinen Namen von der Vereinigung der Studentenverbindungen entlehnt hat, ist die Vertretung sämmtlicher Parteien. Nach diesem Arbeitsplane wird die Nachtragsforderung für Ostafrika am nächsten Montag berathen; hierzu geht dem Reichstag noch vorher ein erläuterndes Weißbuch zu. Am Dienstag erfolgt die erste Lesung der Militärvorlage, an sie schließt sich die Gewerbenovelle (Arbeiterschutz). Hierüber wird bis Anfang der Pfingstwoche berathen; dann treten Pfingstferien ein, die bis zum 2. Juni dauern. Die Militär- und die Arbeiterschutzvorlage gehen an Ausschüsse, die jedoch nicht so lange Pfingstferien machen sollen. Nach Ablauf der Ferien kommen die Interpellationen und die selbstständigen Anträge der Parteien zur Berathung. Man wird dann sehen, wie weit die Ausschüsse ihre Arbeiten gefördert haben. Unbedingt erledigt werden muß die Militärvorlage, die bereits am 1. Oktober in Kraft treten soll; für die Einführung des Arbeiterschutzes ist der 1. April nächsten Jahres in Aussicht genommen.

Diesem ganzen Arbeitsplane liegt der Gedanke zu Grunde, daß das eigentliche Mittel- und Hauptstück der jetzigen Reichstagssitzung, der Arbeiterschutz-Entwurf, so weitschichtige Berathungen zur Folge haben wird, daß es unmöglich sei, damit bis Ende Juni fertig zu werden. Man weist darauf hin, der Entwurf enthalte nicht blos die vom Reichstag bereits wiederholt gründlich durchgesprochenen Fragen der Sonntagsruhe, der Frauen- und der Kinderarbeit, sondern ziehe in seinen Bereich eine Anzahl anderer Fragen, die dem Reichstage nicht so geläufig sind. Als da sind: das Verhältniß der minderjährigen Arbeiter zu ihren Eltern und Vormündern, das sogen. Trucksystem, die Vorschriften über Betriebseinrichtungen im Interesse der Arbeiter, die neuen Bestimmungen über den Kontraktbruch, über Entschädigung bei solchem, die Strafandrohungen gegen den bei Streiks ausgeübten Terrorismus, den Abschnitt über Erlaß von Arbeitsordnungen in den Fabriken u. s. w. Man macht geltend, daß man den Nächstbetheiligten, also den Arbeitgebern wie den Arbeitern, Zeit geben müsse, ihre Meinungen über diese tiefeinschneidenden Fragen zu äußern. Die Sozialdemokraten bereiten außerdem ganze Bündel von Anträgen hierzu vor. Alles das läßt sich wohl für eine gründliche Durchberathung anführen. Andererseits macht es nicht gerade einen erhebenden Eindruck, wenn der Reichstag gerade den Arbeiterschutz auf die lange Bank schiebt. Wenn die internationale Konferenz in Berlin, die sich innerlich fremd, doch noch ganz andere Schwierigkeiten zu überwinden hatte und doch nach wenig Wochen ihre Arbeiten zu einem gedeihlichen Ende führte, so heißt es dem Reichstag nicht zu viel zugemuthet, daß er sich Mühe giebt, einen vom Bundesrathe sorgfältig vorbereiteten Gesetzentwurf zum Abschluß zu bringen. Wie sich die Reichsregierung zu diesem Arbeits- d. h. Vertagungsplane stellt, steht dahin. Man wird dies alsbald erfahren.

Für eine Ueberhastung eines so tiefgreifenden Gesetzes sind wir auch nicht; umsomehr sollten sich die Parteien auch vor der Ueberlastung einer ohnehin sehr beschwerten Tagung hüten. Aber die Parteien der Linken legen sich im Stellen von Eigenanträgen nicht den mindesten Zwang auf. Dabei ist es aber schon zu heftigem Streit zwischen Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten gekommen. Die ersteren beantragten die Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3 Mk., also den Satz, der bis 1887 bestand, sowie die Inaussichtnahme der Abschaffung der anderen landwirthschaftlichen Zölle und endlich die Herabsetzung der Zölle auf Industrieerzeugnisse. Dieser Vorschlag wird von den Sozialdemokraten als eine traurige Halbheit verspottet und dafür der sozialistische Antrag auf Abschaffung aller Lebensmittelzölle als muthige That gepriesen. Aber die Freisinnigen bleiben die Antwort nicht schuldig und geben den Sozialdemokraten den Vorwurf der traurigen Halbheit mit Zinsen zurück; denn der Antrag der letzteren wolle zwar die Eingangszölle abschaffen, lasse aber die inneren Verbrauchssteuern auf nothwendige Lebensmittel und Bedarfsgegenstände unangetastet bestehen. So z. B. die Zuckersteuer. Man kann mit gleichem Rechte auch die Branntwein-, die Bier-, die Salz- und alle anderen Steuern auf Lebensmittel nennen; auch die Kleidungsstoffe gehören zum nothwendigen Lebensbedarf und unbesteuert sind sie auch nicht. Ja, wenn's einmal an's Abschaffen von Steuern und Abgaben gehen soll, da wird den, welcher irgend eine Abgabe noch bestehen lassen will, immer der Vorwurf der Halbheit treffen. Nur mögen die Herren so gut sein, anzugeben, womit der Staat seine Bedürfnisse bestreiten soll, wenn man ihm seine Einnahmen entzieht! Steuern auf Luxusgegenstände bringen nicht viel ein. Und aus der Einkommensteuer allein kann man doch auch nicht den Staatsbedarf decken. Wie hoch soll sie denn werden? Es wird vielleicht zweckmäßig sein für die Konservativen, sich in den Wettlauf um das Abschaffen von Steuern nicht einzumischen, um nicht über dem Streit um Unmögliches die Zeit zu vertrödeln, Nützliches und Gutes, wie den Arbeiterschutz zu schaffen.

Für die Militärvorlage wird der Reichskanzler v. Caprivi persönlich eintreten. Es heißt, er werde bei diesem Anlaß eine hochwichtige Auseinandersetzung über die allgemeine politische Lage geben. Nach der dem Entwurfe beigefügten Denkschrift haben jedoch nicht sowohl politische, sondern lediglich militärische Gründe dazu gedrängt, die Forderungen von neuen 18½ Tausend Mann aufzustellen. Ursprünglich ging die Forderung noch weiter; sie ist vom Bundesrathe mehrfach ermäßigt worden. Trotzdem ist sie noch hoch genug ausgefallen. Sie bewirkt eine Steigerung der jährlichen Ausgaben um 18 Mill., richtiger auf 20. Denn es treten dazu die Verzinsung der Anleihe von 40 Mill. zur Anschaffung des Bedarfs und die Kosten für die erforderlichen Unterkunftsräume der neuen Truppen. Die Militärverwaltung wird allerdings den Nachweis zu führen haben, daß eine solche abermalige Vermehrung der Heeresausgaben unerläßlich ist. Sie sagt zunächst nur: „Die thatsächliche Entwickelung der letzten 3 Jahre hat zu der Ueberzeugung führen müssen, daß ein ferneres Verweilen der Heeresorganisation auf den durch das Gesetz von 1887 geschaffenen Grundlagen mit der gebotenen Fürsorge für die Wehrhaftigkeit des Reiches nicht mehr vereinbar ist". Wie es damit steht, muß im Zusammenhange untersucht werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Mai.

Berlin. Im Reichstage theilte Präsident v. Levetzow mit, daß Se. Majestät der Kaiser das Reichstagspräsidium heute Mittag behufs Entgegennahme der Meldung von der Constituirung des Reichstags empfangen habe. Auf Antrag Auer und Gen. wird die Einstellung des gegen die Abgg. Kunert und Schippel schwebenden Strafverfahrens wegen Majestätsbeleidigung beziehentlich Vergehens gegen das Sozialisten-, Preß- und Strafgesetz während der Dauer der Session beschlossen. Der Gesetzentwurf, betr. die Ergänzung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wurde debattelos in 1. und 2. Lesung angenommen. Es folgt die 1. Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Gewerbegerichte. Bachem (Centr.): Die Initiative zu dieser Vorlage sei dem Reichstage zu danken. Das vorgeschlagene Verfahren sei schneller, weniger kostspielig und bequemer für den Arbeiter, als bei den ordentlichen Gerichten. Dennoch werde die aussöhnende Tendenz der Gewerbegerichte noch stärker zum Ausdruck gebracht werden können, namentlich durch Einführung eines Sühneverfahrens, nur dürfte der Vorsitzende des Schiedsgerichts, wie ihn die Vorlage voraussieht, wenig zur Vornahme des Sühneverfahrens geeignet sein. Ein einfacher Fachmann, der die Arbeiten der Parteien besser kennt, würde sich besser dazu eignen, als ein Richter. Die durch Ortsstatut festzustehenden Bestimmungen würden enger zu fassen sein, als die Vorlage wolle; auch werde man prüfen müssen, ob für die Wahlen der Mitglieder der Gewerbegerichte nicht das geheime Wahlrecht nöthig sei. Kostenlosigkeit des Verfahrens würde sich empfehlen. Von der Einwirkung der Gewerbegerichte auf den Streik solle man nicht zu viel erwarten. Der Geist der Auflehnung werde nur durch Zuhilfenahme der freien Liebesthätigkeit der Kirche bekämpft werden können. — Tuzauer (Soz.): Danach wären die Ortsgeistlichen die besten Schiedsgerichtsvorsitzenden. Warum soll man 30 resp. 25 Jahre alt sein, um wahlberechtigt zu werden? Zum Reichstag wähle man schon mit 25 Jahren. Diese Bestimmung beweise Mißtrauen gegen die Arbeiter, die nun auch ihrerseits mißtrauisch gegen die Vorlage würden. Dieselbe sei in dieser Fassung unannehmbar, denn sie bleibe hinter Dem zurück, was die bestehenden Gewerbegerichte jetzt schon bieten. — Klemm-Sachsen (kons.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu, hat aber im Einzelnen eine Reihe von Bedenken gegen dieselbe. Bei dem Wahlrecht werde man den Gewohnheiten der einzelnen Gegenden entsprechen müssen. Schwierig werde es sein, für das Vorsitzendenamt den geeigneten Mann zu finden. Man scheine einen Juristen in Aussicht zu nehmen. Aber auch für diesen werde es schwierig sein, sich in sein Amt zu finden. Der moralische Einfluß eines Einigungsamtes werde nicht viel vermögen, namentlich auch nicht viel in Streitfällen. — Dr. Meyer-Berlin erklärt eine Umgestaltung der Vorlage für nöthig. Dieselbe treffe der Vorwurf, daß sie sich nicht an die historische Entwickelung anlehne und die bereits bestehenden Schiedsgerichte unbeachtet lasse. Den Arbeiterinnen solle man das aktive Wahlrecht geben. Gegen die Verleihung des passiven Wahlrechts an dieselben habe er vorläufig selbst noch einige philisterhafte Bedenken. Der Anwalt gehöre nicht in das Streitverfahren, da es sich hier um schiedsrichterliche Regelung handle. Gemeinden, welche das Verfahren kostenlos einführen wollten, möge man daran nicht hindern. — Dr. Miquel (nat.-lib.): Die Vorstellung der Gewerbegerichte als Standesgerichte sei nicht zutreffend. Gäbe man den Richtern Diäten, so müsse man sie auch den Beisitzern, Arbeitern und Arbeitgebern geben. In Frankfurt a. M. sei bestimmt worden, daß ein Verzicht auf die Diäten nicht statthaft sei. Obligatorische Einrichtung der Gewerbegerichte erscheine nicht nöthig, da nicht überall ein Bedürfniß für dieselben bestehe. Die Vertretung durch Anwälte empfehle sich nicht. Jeder Vertreter, der die Vertretung gewerbsmäßig betreibe, müsse ausgeschlossen werden. Die Prozesse würden sich leichter erledigen lassen, wenn die Parteien persönlich vor Gericht erschienen. Ein Bedenken gegen die Loslösung der Gewerbegerichte von der staatlichen Rechtspflege walte nicht ob. Auch die staatliche Bestätigung der Beisitzer sei entbehrlich. Die Berufung an die ordentlichen Gerichte würde allen Nutzen der Vorlage beseitigen. — Winterer (Elsässer) steht der Vorlage sympathisch gegenüber, die angesichts des jetzigen Zustandes große Vortheile bringe. — Staatssekretär v. Bötticher weist den Vorwurf zurück, daß die Vorlage ein Mißtrauen gegen die Arbeiter enthalte. Wenn Abg. Tuzauer erst längere Zeit hier gearbeitet haben werde, werde er sich auch selber corrigiren. Die Verantwortung des Staates für die Rechtspflege mache es erforderlich, die staatliche Bestätigung der Richter für die Gewerbegerichte zu beanspruchen. Die Vorlage schließe sich Dem an, was früher hier gefordert worden. Ueber die Kostenfreiheit des Verfahrens und die Rechtsmittelfrage werde sich ja discutiren lassen. Er glaube nicht, daß die verbündeten Regierungen hier Schwierigkeiten machen würden. Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern müßten rasch entschieden werden. Dazu seien die Gewerbegerichte geeignet. — Eberty (freis.) wendet sich namentlich gegen das Bestätigungsrecht der Regierung. Schließlich wird die Vorlage an eine 21er Kommission verwiesen. — Montag: Zeugengebührennovelle und Nachtragsetat.

Berlin. Dem Reichstag ist das angekündigte Weißbuch über Ostafrika zugegangen. — Der bisherige Gouverneur von Kamerun, Frhr. v. Soden, der aus Gesundheitsrücksichten nicht nach Afrika zurückkehrt, erhält anderweitige Beschäftigung im Reichsdienste. — Bei dem bevorstehenden Internationalen Gefängniß-Congreß in Petersburg wird die preußische Regierung durch die Geheimräthe Dr. Starke und Illing vertreten sein. Die rheinisch-westfälische Gefängnißgesellschaft entsendet Pastor Gräber aus Düsseldorf dorthin. — Nach Zuhl werden in den nächsten 18 Monaten von sämmtlichen deutschen Cavallerieregimentern Offiziere kommandirt, welche sich über die an dem neuen Carabiner vorkommenden Ausbesserungsarbeiten unterrichten sollen. — Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat ihren Arbeiterschutz-Gesetzentwurf eingebracht. Derselbe schließt sich wesentlich den in früheren Sessionen von den Sozialdemokraten eingebrachten Anträgen an. Er enthält einen Abschnitt über die Bildung von Arbeiterkammern und Arbeitsämtern, sowie von Schiedsgerichten, macht die Arbeitsordnung obligatorisch, enthält das Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit mit gewissen Ausnahmen, behandelt die Kinder- und Frauenarbeit, den Lehrlingsvertrag, das Trucksystem und bestimmt hinsichtlich des Maximalarbeitstages Folgendes: In Unternehmungen, die unter dies Gesetz fallen, darf die Arbeitszeit für alle über 16 Jahre alten Hilfspersonen vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes an täglich höchstens 10 Stunden, an Sonnabenden und den Vorabenden der hohen Feste höchstens 8 Stunden ausschließlich der Pausen währen. Vom 1. Januar 1894 an wird die höchst zulässige Arbeitszeit auf täglich 9, vom 1. Januar 1898 an auf 8 Stunden herabgesetzt.

Berlin. Die heutige Audienz des Reichstagspräsidiums beim Kaiser währte nur kurze Zeit. Der Kaiser gab der Hoffnung auf einen gedeihlichen Fortgang der Reichstagsarbeiten Ausdruck und betonte besonders die Wichtigkeit der Militärvorlage, welche man genau prüfen möge, bevor man darüber urtheilt. Die Vorlage entspreche einem dringenden Bedürfniß. Deutschlands Wehrkraft dürfe nicht hinter jener der Nachbarstaaten zurückbleiben, wenn es die Aufgabe erfüllen wolle, den Frieden zu erhalten.

Berlin. Das Herrenhaus hat den gestern mitgetheilten Antrag des Grafen Pfeil nach längerer lebhafter Debatte angenommen.

Halle. Der Bergarbeitertag findet hier am 15. Juni statt. Eine vorbereitende Versammlung wird in Dortmund abgehalten. Je 10,000 Bergleute stellen einen Delegirten.

Greiz. Die Streikbewegung unter den Wollwirkern nimmt einen größeren Umfang an. Etwa 14,000 (?) Arbeiter sind ausständig.

Reichenberg. Nach dem Streikreviere im Iserthal sind zwei Bataillone Infanterie abgerückt.

Paris. Christophle's Ausscheiden aus der Leitung des „Credit Foncier" gilt in politischen Kreisen als unvermeidlich.

London. „Chronicle" berichtet, Sir Anderson sei ermächtigt, Deutschland ein wichtiges Zugeständniß zu machen, nämlich zu gestatten, daß Deutschland seine Nordgrenze in Ostafrika über die Mitte des Viktoria Nyanza hinaus nach dem Albert-Eduard-See ausdehne.

Die **Berliner Börse** setzte fest, aber ruhig ein, nur auf dem Bergwerksaktienmarkte gewann das Geschäft eine größere Ausdehnung. Später ermattete die Tendenz wieder, namentlich gingen Bergwerke zurück im Anschluß an ungünstige amerikanische Eisenberichte, nur Laurahütte waren gegen Schluß auf günstige Nachrichten über den morgen zu veröffentlichenden Quartalsschluß befestigt. Banken waren Anfangs fester, später gleichfalls nachgebend. Von deutschen Bahnen waren nur Ostpreußen belebt; österreichische Bahnen Anfangs fest, später schwächer. Fremde Renten schwach behauptet. Im Kassaverkehr waren Banken schwächer, Dresdner Bank 1,20 Proz. niedriger, Bergwerke niedriger und angeboten, Industrieen still, österreichische Prioritäten gut behauptet. Privatdiscont 2⅝ Proz. Nachbörse ruhig. — Wetter: Vorwiegend heiter, Nordostwind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit 257,25. Staatsb. 191,25. Lomb. 107,25. Galizier —,—. Egypter 97,30. 4proc. Ung. Goldr. 88,90. Discconto 217,30. Dresdn. Bk. —,—. Laura 139,80. Gelsenkirchen —,—. Still.

Paris. (Schluß.) Rente 88,95. Anleihe 105,70. Italiener 94,95. Staatsbahn 481,25. Lombarden 290,00. do. Prioritäten —. Spanier 74⅞. Egypter 482,81. Ottomanen 572,50. Türkenloose 608,75. Matt.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 28,40, per Septbr.-Decbr. 24,00, behauptet. Spiritus per Mai 36,25, per Septbr.-December 38,00, ruhig. Rüböl per Mai 70,50, per September-December 69,25, still.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 300, per Novbr. 206. Roggen per Mai 138, per October 128.

London (Produkten-Bericht). Angekommener Weizen fertig, englischer [illegible], ½ Sch. höher gezahlt, fremder fester jedoch ruhig. Mehl ziemlich thätig, Vollpreise. Gerste ruhig. Russischer Hafer thätiger, ca. ½ Sch. theurer. Uebriges fest, ruhig. — Wetter: Kühl.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestäten der König und die Königin wurden vorgestern auf ihrer Reise nach Sibyllenort auf dem Bahnhofe in Bautzen von den Herren Kreishauptmann von Salza und Lichtenau, Amtshauptmann von Boxberg, Oberst Wagner, Landgerichtsdirektor Helsig, Stadtr. Heerklotz und Stadtverordnetenvorsteher Amtsrichter Wetzlich begrüßt. Das auf Se. Majestät aus der Mitte des zahlreich versammelten Publikums ausgebrachte Hoch fand begeisterte Aufnahme.

— Vorgestern Abend traf Ihre Großherzogliche Hoheit die Frau Fürstin Leopoldine von Hohenlohe-Langenburg in Begleitung der Prinzessin-Tochter Feodora hier ein.

— Die Frau Erbgroßherzogin von Oldenburg ist gestern früh von hier nach Leipzig gereist.

— Der vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung, welche, da der erste Vorsitzende, Geh. Hofrath Ackermann, seiner Pflicht als Reichstagsabgeordneter in Berlin genügt, der zweite Vorsitzende, Herr Oberamtsrichter Dürrich, leitete, zeigt Stadtrath Dr. Menz schriftlich an, daß er Ende dieses Jahres infolge anhaltender Kränklichkeit sein Amt als unbesoldeter Stadtrath niederlegen werde und schon jetzt jede etwaige Wiederwahl ablehnen müsse. — Zu den neulich schon dem Collegium überreichten Petitionen in Sachen der Reform des städtischen Steuerwesens übergiebt der Allgemeine Miethbewohner-Verein noch eine,

Friedrich & Glöckner, Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau. Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.

Versandt nach auswärts nur gegen Nachnahme von 15 Mark an portofrei.